

Was den Antrag zur Impffrage betrifft, so wundere ich mich nur, daß Genosse Groth die Antwort auf die Frage, die er heute hier gab, nicht schon auf dem Mecklenburger Parteitage gegeben hat. Die Impffrage ist eine hygienische Frage, keine Frage der Klassenbewegung des Proletariats. (Sehr richtig.) Ein vorgeschrittener Arbeiter kann ein Impffgegner, ein zurückgebliebener Konservativer ein Impffreund sein und umgekehrt. Mit der Frage der Dampfersubvention lassen sich die verschiedenen Meinungen, die in der Impffrage in der Fraktion herrschen, nicht vergleichen. In der Impffrage können wir dem Einzelnen vollständige Freiheit lassen. (Zustimmung.)

Was den Antrag 69 betrifft, so ist sein erster Theil seitens der Fraktion selbst zu einem Gesetzentwurf formulirt worden. Mollenbuhr hat sehr gute Gründe gegen die Herabsetzung der Altersgrenze angeführt, wenn ich auch nicht zugebe, daß seine Zahlen so viel beweisen, wie er glaubt. Den ersten Theil des Antrages 69 bitte ich also abzulehnen; der zweite Theil kann, wie das Amendement Bebel's will, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, wenn ich auch nicht glaube, daß viel dabei herauskommt. Berührt hat die Debatte noch die Versicherung der Textilarbeiter und der Seeleute. Bestimmte Anträge liegen hier nicht vor, die Anregungen wird die Fraktion zweifellos beachten.

Den Jena-Neustädter Antrag bitte ich abzulehnen. Gewiß wäre eine Arbeitslosen-Statistik im Januar sehr interessant, aber viel können wir damit nicht anfangen. Die Gegner werden sagen, daß die Saisongewerbe im Januar immer stillstehen und das Bild der Arbeitslosigkeit deshalb nicht zutreffend ist. Im Auge werden wir die Anregung behalten, aber bestimmte Direktiven sind besser zu vermeiden.

Der Antrag Königsberg ist abzulehnen. Der § 120a der Gewerbeordnung verbietet schon jetzt, was der Antrag treffen will, soweit sich die Dinge überhaupt voraussehen lassen. Ein allgemeines Gesetz läßt sich überhaupt nicht formuliren, wonach die Temperatur die Arbeit eingestellt werden muß. Hätten wir zum Beispiel ein solches Gesetz, so hätte der Parteitag zum Beispiel gestern Nachmittag die Arbeit einstellen müssen. (Weiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 69 abgelehnt, dagegen das Amendement Bebel's angenommen.

Auch der Antrag Jena-Neustadt wird abgelehnt, aber dem Amendement Eichhorn zugestimmt.

Antrag Königsberg wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Punkt 4 „Arbeiterschutz“ wird auf Wunsch des Referenten Wurm, der die Nacht hindurch gefahren und ermüdet ist, auf den Nachmittag verschoben und zunächst die Punkte 5 und 6 erledigt.

Punkt 5 ist die **Maisfeier**. Zur Debatte stehen die Anträge 64—67.

Der Berichterstatter **Gerisch** beantragt folgende Resolution:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Im vorigen Jahre wiesen wir in unserem Aufruf zur Maisfeier auf die aufsteigende Konjunktur hin und forderten auf, sie für die Maisfeier auszu-

nutzen. Das ist auch zweifellos geschehen; die Maisfeier ist das letzte Mal in viel stärkerem Umfange begangen worden. Weiter zu gehen halten wir diesmal nicht für möglich. Wir haben, entsprechend dem Antrage der Wandsbeker Genossen, unsere Resolution diesmal nur insofern verschärft, als es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden soll, wo es möglich ist, die Maisfeier zu begehen. Die Anträge 66 und 67 decken sich ziemlich mit der Resolution. Der Antrag 65 ist ein alter Bekannter; die Niederbarnimer müssen schlechte Erfahrungen mit den Referenten gemacht haben. (Weiterkeit.) Nehnen Sie diesen Antrag ab, sitemalen ja alle Parteiangeestellten ohnehin kein Honorar für ihre Vorträge erhalten. Man kann froh sein, wenn man am 1. Mai überhaupt genügend Referenten bekommt; es kommt doch auf die Vermögenslage derselben an. Ich bitte Sie, der Resolution des Parteausschusses zuzustimmen und dahin zu wirken, daß auch im kommenden Jahre die Maisfeier in großartigem Maßstabe begangen wird. (Beifall.)

Der Antrag 65 (Unentgeltlichkeit der Maireferate) findet nicht genügende Unterstützung.

Die Debatte wird eröffnet.

Brand-Frankfurt a. M. befirmortet die Frankfurter Resolution 64. Die Zentralorganisation wird nicht in eine Zwangslage gebracht werden, da als die Voraussetzung der Arbeitsruhe die Möglichkeit dazu betont werden soll.

Brinkmann-Kassel fordert aus den Kasseler Erfahrungen heraus, daß mit aller Energie auf die Arbeitgeber ein Hochdruck seitens der gesammten Arbeiterschaft ausgeübt werden soll, um die Arbeiter, die die Maisfeier begehen, gegen Maßregelungen zu schützen.

Ebert-Bremen legt den Nachdruck auf die Worte in der Frankfurter und der Wandsbeker Resolution, daß die Arbeitsruhe „mehr als bisher“ erfolgen soll. Die Resolution des Parteausschusses enthält diese Worte nicht.

Ebert-Frankfurt a. M. hält für die Hauptsache die ausdrückliche Verpflichtung für die Arbeiter zur Maisfeier, wo es möglich ist, und empfiehlt demnach die Resolution Gerisch.

Mehner-Berlin stimmt dem Vorredner zu. Die Aufnahme der Worte „mehr als bisher“ würde gerade die schlimmen Folgen hervorrufen, die wir durch unsere Beschlüsse auf den früheren Kongressen haben verhüten wollen. In Berlin glaubte eine gut organisierte Gewerkschaft auch durch Kempf die Maisfeier erzwingen zu können, und was war die Folge? Noch heute befindet sie sich zum größten Theile im Ausstand; und diejenigen, die es nicht mehr sind, haben bis zu einem gewissen Grade kapituliren müssen. Durch scharfe Beschlüsse durchbrechen Sie den Ring der Unternehmer nicht. Die Genossen, die die scharfe Resolution beantragen, sollen zunächst für eine umfassendere Organisation sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Schumierer-Wien: Den Genossen in Oesterreich wird derjenige Beschluß am besten gefallen, der da fordert, daß die Maisfeier durch allgemeine Arbeitsruhe begangen wird. Bei uns liegen die Verhältnisse anders als in Deutschland, wo die Partei ihre Stärke bei den Wahlen zeigen kann. Wir werden ja im nächsten Jahre auch den Versuch machen, natürlich brauchen wir dazu Geld. (Weiterkeit.) Es kann uns kosten, was es will, der erste Mai wird bei uns durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert. Wenn auch die bedauerlichen Vorgänge im Vorjahre, wo es im Prater zu einer förmlichen Schlacht gekommen ist, die bürgerliche Presse zu dem Jubelruf verleitet haben, daß es mit der Maisfeier in Wien vorüber ist, so erkläre ich doch hier in Deutschland: Wir werden in Wien an der Maisfeier nach wie vor festhalten. Allerdings werden wir darauf sehen, daß solche Unfälle in Zukunft verhütet werden. Die Maßregelungen schaden uns nicht. Ebenso wie Taaffe — es ist dies vielleicht sein einziges Verdienst — dadurch, daß er in einer einzigen Nacht 300 Genossen

ausgewiesen hat, 800 Agitatoren schuf, ebenso werden auch diejenigen, die infolge der Maifeier gemäßigert werden, um so energischer für die Partei agitieren, und wir haben den Vortheil davon. Hoffentlich erleben wir es noch, daß auch in Deutschland am 1. Mai jede Arbeit ruht!

Müller-Camenz hat die Erfahrung gemacht, daß in seiner Provinz das Unternehmertum der Feier des 1. Mai nichts entgegengesetzt hat. (Zuruf: Das ist aber eine Seltenheit!) Ja, das gebe ich zu, aber wenn mit der Feier des 1. Mai keine weiteren Forderungen verbunden werden, so wird das Unternehmertum mehr und mehr sich damit einverstanden erklären. Wir müssen die Forderung des Achtstundentages mehr in den Vordergrund stellen und für eine vollständige Durchführung der Arbeitsruhe eintreten, wenn es auch harte Kämpfe erfordert.

Bömelburg-Samburg: Es kommt wenig darauf an, welche von den beiden Resolutionen angenommen wird. Viel wichtiger ist die Frage, wer sich an der Feier des 1. Mai durch Ruhenlassen der Arbeit beteiligt. In der Hauptsache sind es kleine Geschäftsleute und Handwerker. Die Organisationen der Arbeiter sind noch nicht stark genug, um einen Einfluß auf die Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeitseinstellung am 1. Mai auszuüben. Verstärkung der Organisation, das ist die Lösung, die überall am 1. Mai erhoben werden muß. Agitatoren werden durch Maßregelungen, soweit sie Familienväter betreffen, nicht geschaffen, im Gegentheil, gemäßigerte Familienväter gehen für die Agitation verloren. (Sehr richtig!) Den Arbeiterorganisationen muß selber die Entscheidung darüber überlassen bleiben, ob sie stark genug sind, die Arbeitsruhe durchzuführen. (Sehr richtig.) Wer verlangt, daß die Arbeitsruhe grundsätzlich am 1. Mai durchgeführt wird, legt der Partei damit die Verpflichtung auf, für die Opfer der Arbeitseinstellung zu sorgen. Kann die Partei eine solche Verpflichtung übernehmen? Unsere paar Kröten würden bald zu Ende sein. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird, nachdem **Hildebrandt-Stuttgart** dafür, **Voigt-Berlin** dagegen gesprochen, angenommen.

In seinem Schlußwort stimmt **Gerisch** den Ausführungen **Bömelburg's** zu: Wenn wir die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführen, dann hastet die Partei auch ökonomisch für alle Folgen. Nun klang die heutige wie die gestrige Rede **Schumeier's** immer in einen Restrain aus, der auch lebhaft an die Schreiben des Kandidaten **Johstes** an seine lieben Eltern erinnerte: „Vergeß nur die zwölf Dukaten nicht!“ (Große Heiterkeit.) Wenn aber unsere Parteikasse leer wird durch die Folgen der Maifeier, dann haben wir auch diese zwölf Dukaten nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Antrag 64 mit großer Majorität abgelehnt; die Resolution **Gerisch** dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Annahme dieser Resolution sind alle übrigen Anträge erledigt. Der nächste Punkt ist die **Berichterstattung über den Internationalen Kongreß in London**.

Dazu liegt nur der Antrag 77 vor.

Berichterstatteur Nebel: Parteigenossen! Ich habe keine Veranlassung genommen, Ihnen eine Resolution vorzulegen, und ich weiß auch nicht, ob der Antrag 77 zu empfehlen ist. Es handelt sich auf diesem Parteitage weit weniger um eine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Londoner Kongresses, als darum, Ihnen in allgemeinen Zügen ein Bild zu entwerfen von seiner Bedeutung und der Wirkung, die er auf die Gestaltung der englischen Arbeiterbewegung haben kann.

1893 haben wir es in Zürich mit der größten Gemüthsruhe begrüßt, als die Trades-Unions, die die weitaus große Mehrheit der englischen organisierten Arbeitermassen umfassen, und in denen der Sozialismus und die auf inter-

nationale Verbrüderung gerichteten Bestrebungen bisher vergleichsweise sehr wenig Boden gefunden hatten, ihre Zurückhaltung aufgaben und uns einluden, den nächsten Kongreß in England abzuhalten. Um den englischen Gewerkschaften entgegenzukommen, erklärten wir uns auch bereit, die Einladung zum Kongreß dahin abzuändern, daß es hieß: Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß. Wir freuten uns darüber aus dem Gesichtspunkte, weil es für uns von großer Wichtigkeit war, uns durch eigenen Augenschein zu überzeugen, wie die Dinge in England liegen. Wenn die Vertreter der englischen Trades-Unions und vermuthlich auch die Mehrheit der Arbeiter, die hinter ihnen stehen, mit dem Verlaufe des Kongresses nicht zufrieden waren, ja sogar mit einer gewissen Mißstimmung den Kongreß verließen, so waren daran Verhältnisse schuld, die außerhalb der Macht unserer Delegirten lagen. Der englische Trades-Unionismus hat noch keinen Anschluß an den Sozialismus genommen, er schreitet zunächst noch langsam in dieser Richtung vor. Andererseits sind im Laufe der letzten Jahrzehnte in England sozialistische Organisationen entstanden, die sich allerdings nicht entfernt mit der Anhängerzahl der Trades-Unions messen können. Neben den Trades-Unions, die ihre Stellungnahme zu den großen politischen Fragen immer von Fall zu Fall bemessen, sind aber im Laufe der Jahre Organisationen auf direkt sozialistischem Boden entstanden, so die Sozialdemokratische Föderation und die Sozialistische Liga. Letztere hat dadurch, daß ein großer Theil ihrer Mitglieder sich dem Anarchismus zuwandte, der ja überall da, wo er einen gewissen Einfluß auf Arbeiterorganisationen erlangt, zersetzend wirkt, sehr an Bedeutung verloren und besteht heute nur noch als Schatten. Es besteht in England ferner die Unabhängige Arbeiterpartei, die aus der Mitte der Trades-Unions hervorgegangen ist, deren gesammte Führer mehr oder weniger eine Rolle in der englischen Trades-Unions-Bewegung spielen und die infolgedessen weit mehr als die Sozialdemokratische Föderation Einfluß auf die Trades-Unions im Sinne des Sozialismus gewinnen dürfte. Auf dem Kongreß war noch eine dritte Organisation vertreten, die auf sozialistischem Boden steht, aber doch in der grundsätzlichen Auffassung wesentlich von dem Sozialismus der übrigen englischen und der kontinentalen Sozialisten abweicht, die Fabian Society, eine Organisation, wie sie nur unter den ganz eigenartigen englischen Verhältnissen möglich ist. Diese Gesellschaft, die jetzt vielleicht 900 Mitglieder zählt, rekrutirt sich ausschließlich aus Angehörigen der höheren Klassen. Sie leitet ihren Namen her von dem römischen Heerführer **Fabius Cunctator** und vertritt die Ansicht, daß man langsam vorgehen müsse und den richtigen Moment abzuwarten, dann aber mit aller Macht vorzugehen habe. Den Klassentampfs-Standpunkt hält sie für falsch und glaubt, daß nur durch das Zusammenwirken der verschiedensten Klassen der Gesellschaft die Ziele des Sozialismus sich verwirklichen lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse in England wird lehren, daß das eine falsche Hoffnung ist. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die Haltung der englischen Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern vortheilhaft von der Haltung der deutschen Bourgeoisie oder der irgend eines anderen Landes auszeichnet. Während wir jahrzehntelang die ausgedehntesten Kämpfe zu bestehen hatten, um nur die kleinsten gesetzlichen Reformen durchzusetzen, ist die englische Bourgeoisie in weit höherem Maße geneigt, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, sobald sie einsteht, daß sie auf die Dauer diesen Wünschen keinen Widerstand mehr leisten kann. Daher kommt es, daß die englischen Arbeiter auf Grund der Erfahrungen in ihren gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen mehr als die Arbeiter eines anderen Landes zu der Anschauung neigen, es sei überflüssig, eine spezielle politische Partei zu bilden, es genüge, bei den Wahlen ihr Gewicht dafür in die Waagschale zu werfen, daß bürgerliche Vertreter ins Parlament kommen, die das durchsetzen, was sie für notwendig halten. Dieses